Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 275. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Donnerstag den 25 November 1926

Außenpolitische Einheitsfront.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Hatte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, bereits auf der Kölner Tagung seiner Partei erklärt, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als vollzogene Tatsache zu betrachten sei, an der nicht mehr gerührt werden könne, so wurde diese Erklärung anläßlich der außenpolitischen Debatte am Dienstag im Reichstag auch von dem deutschnationalen Redner Professor Hoetzsch aufgenommen und außerdem noch hinzugefügt, daß seine Partei in dieser Tatsache auch eine Bindung internationalen Rechtes sehe. Es hat ja schließlich auch gar keinen Zweck, an Dingen herumzumäkeln, die abgeschlossen sind, sondern es gilt jetzt nur, aus ihnen herauszuholen, soviel nur möglich ist. Professor Hoetzsch, dessen außenpolitisches Wissen bekanntlich auch vom Auswärtigen Amt immer beachtet wird, obwohl er Mitglied der gegenwärtigen Opposition ist, hatte vor einiger Zeit einen nicht unerheblichen Zusammenstoß mit dem Außenminister, was um so mehr Aufsehen erregte, weil er in seiner Partei und draußen als der Vertreter einer dem Andersdenkenden gegenüber stets verbindlichen Tonart gilt. Seine jetzige Rede wurde daher mit besonderer Spannung erwartet. Auch politische Gegner geben zu, daß die gehaltene Rede durchaus in den Grenzen einer sachlichen Opposition blieb. Der Redner ging von derselben Tatsache aus wie die amtliche deutsche Außenpolitik, nämlich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Er faßte es als eine Aufgabe der Oppositionsführer auf, die Regierung in der Öffentlichkeit des Parlaments auf Forderungen hinzuweisen, die sich als Folgerungen aus jener Tatsache von selbst ergeben. Wenn er manches nicht billigte, so etwa die Flaggenhissung am Waffenstillstandstage bei der deutschen Botschaft in Washington, so hat das mit seiner parteipolitischen Einstellung wenig zu tun. Wenn Hoetzsch darauf hinwies, daß die großen Hoffnungen, die an Thoiry geknüpft wurden, nicht restlos erfüllt wurden, so wird ihm wahrscheinlich innerlich nicht jeder Anhänger der Regierungsparteien widersprechen. Wenn er des weiteren beklagte, daß die Räumung der Rheinlande, die man als Folgeerscheinung von Thoiry erwartete, unterblieben sei, so muß man die Berechtigung dieser Klage anerkennen, ebenso die Forderung zur Aufhebung der Militärkontrolle. Das fand später in den Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ein Echo und darum hatte Hoetzsch ein Recht zu sagen, der Reichsaußenminister nehme die Einigkeit des Reichstages nach Genf darin mit, daß die Einrichtung ständiger Kontrollorgane des Völkerbundes völlig unannehmbar sei. Ebenso fand es ein Echo bei Dr. Stresemann, wohl ein gewolltes Echo, daß die unbedingte Ablehnung einer deutschen Garantie für unsere Ostgrenzen namentlich Polen gegenüber ausgesprochen wurde.

Eine derartige Stellungnahme der parlamentarischen Opposition ergibt des weiteren eine unleugbare Festigung für die Haltung, die Dr. Stresemann bei seinen bevorstehenden Verhandlungen in Genf wird einnehmen müssen. Man kann daran erinnern, daß die außenpolitische Geschlossenheit des Reichstages, die allgemein gebilligte Aufstellung gewisser Mindestforderungen bei der Reise der deutschen Delegation zur Aufnahme in den Völkerbund eine so starke Wirkung hatten, daß die Deutschen in Genf es einfach unterlassen hätten, sich in den Völkerbund aufnehmen zu lassen, wenn diese Forderungen nicht erfüllt wurden. Es ist auch außenpolitisch nicht bedeutungslos, wenn Professor Hoetzsch namens seiner Partei sich grundsätzlich mit dem Ziel der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik, nämlich einer deutsch-französischen Verständigung, ebenso einverstanden erklärte, wie mit der Ablehnung eines Revanchekrieges. Seine Partei sieht als politische Methode einzig und allein die Anbahnung von Verhandlungen über notwendige Abänderungen, namentlich des Versailler Vertrages. Darum ist zu begrüßen, daß in einem Augenblick wichtigster Verhandlungen gerade über einen wesentlichen Punkt dieses Vertrages im Deutschen Reichstage eine Einheitsfront hergestellt ist.

Deutschland und Italien.

Eine Unterredung mit Mussolini.

Italiens Diktator, Mussolini, hat einem deutschen Journalisten eine Unterredung gewährt, in der er darauf hinwies, daß infolge einer ganzen Reihe von Verbrechen und Attentaten die Schaffung strenger Maßnahmen notwendig war, die aber nur Ausnahmegesetze darstellen, die durch die ungewöhnlich erregten Zeiten gerechtfertigt und auch zeitlich auf fünf Jahre beschränkt seien. Mussolini beschwerte sich darüber, daß die ausländische Presse der faschistischen Regierung gegenüber diejenigen Höflichkeitsformeln vermissen lasse, die im internationalen Verkehr üblich seien.

Die politischen Beziehungen zu Deutschland bezeichnete der Diktator als durchaus freundlich. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nähmen einem immer größeren und erfreulicheren Aufschwung. Mussolini verwies im Zusammenhang hiermit auf ein in den letzten Tagen zum Abschluß gekommenes Ablösungsabkommen für den deutschen Besitz in Südtirol, durch das die Freigabe einer Anzahl deutscher Besitzungen in Südtirol erfolgt sei. Was die Militärkontrolle anbetrifft, so glaubt Mussolini, daß man auch in dieser Angelegenheit zu einer Verständigung kommen könne.

Am Schluß der Unterredung betonte Mussolini, daß sich Italien für die epochemachende Erfindung des deutschen Gelehrten Bergius über die Verflüssigung der Kohle in außerordentlichem Maße interessiere, da Italien reiche Braunkohlenlager habe, die viel intensiver ausgenutzt werden könnten. Die Völker sollten sich überhaupt in ernster Arbeit kennen und gegenseitig schätzen lernen und sich nicht durch die Brille der Verhetzung betrachten.

Neue Unterredung Hoesch—Briand.

Die deutsch-französische Aussprache.

Vorverlegung der Saarabstimmung?

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoesch, hat eine neue eingehende Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand gehabt. Die Aussprache hat außer dem Fragenkomplex, der seit Thoiry den Gegenstand der deutsch-französischen Aussprache bildet, vor allem der Abberufung der Interalliierten Militärkommission und im Zusammenhang damit der Frage der Organisation der künftigen Kontrolle durch den Völkerbund gegolten.

Briand hat, wie im Zusammenhang hiermit von Interesse sein dürfte, vor dem Auswärtigen Ausschuß der Französischen Kammer die Hauptprobleme der französischen Außenpolitik dargelegt. In einem Kommuniqué, das über die vertraulichen Verhandlungen ausgegeben wurde, heißt es: „Die Verhandlungen dauern im Rahmen der Verträge an. Beide Regierungen bemühen sich, in Einzelabmachungen wirtschaftlicher und finanzieller Art eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen." Nach der Sitzung äußerte sich Briand, daß seiner Meinung nach die Politik von Locarno die Lücken der Versailler Vertrages in der Sicherheitsfrage ausfülle. Der Völkerbund werde berufen sein, eine große Rolle als Hüter des europäischen Friedens zu spie[illegible] „Journal" weiß zu berichten, daß Briand nach der Sitzung, über die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland befragt, erklärt habe, die Vereinigten Staaten von Europa seien die beste Bürgschaft gegen den Anschluß.

Briand hat weiterhin den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Stephens, in Begleitung des französischen Mitgliedes der Kommission Maurice empfangen. Wenn auch die französische Regierung in der Saarfrage noch keinerlei definitive Beschlüsse gefaßt hat, so scheint doch der Gedankenaustausch dem Wunsche Briands entsprungen zu sein, sich über die Opportunität einer eventuellen Vorverlegung der im Friedensvertrage für das Jahr 1935 festgesetzten Abstimmung zu unterrichten.

*

Zu den Nachrichten über die Möglichkeit einer Begegnung Briands, Chamberlains und Mussolinis erklärt „Echo de Paris", daß Chamberlain in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen habe. Er habe Briand Anfang vergangener Woche zum ersten Male hiervon Mitteilung machen lassen. Der englische Botschafter in Rom verhandele mit Mussolini, über dessen Entschließung noch nichts bekannt sei.

Konflikt zwischen Amerika und Mexiko.

Drohender Abbruch der Beziehungen.

Das amerikanische Staatsdepartement hat eine Note an die mexikanische Regierung veröffentlicht, in der Präsident Calles darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Inkrafttreten der Grundeigentumsgesetze, durch die nur Mexikaner Grundbesitz in Mexiko haben dürfen und die sich vor allem gegen Amerika richten, wahrscheinlich einen Bruch zwischen den beiden Ländern hervorrufen wird. Die Note ist in sehr scharfem Ton gehalten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte, daß Mexiko nicht Maßnahmen ergreife, durch die die amerikanischen Staatsangehörigen direkt oder indirekt ihre vollen Eigentumsrechte verlieren.

In der Note wird ferner zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Regierung eine weitere Korrespondenz in dieser Angelegenheit nicht wünsche. Die amerikanische Regierung sieht voraus, daß eine Krise am 1. Januar eintreten wird, wenn die mexikanischen Verordnungen Gesetzeskraft haben.

Chamberlain z. deutschen Abrüstungsfrage

London, 25. November. Im Unterhause fragte Sir William Davidson den Außenminister, wie weit die deutsche Abrüstung heute mit dem Vertrag von Versailles übereinstimme. Chamberlain antwortete, daß noch einige Punkte in der Entwaffnungsfrage unerledigt seien. Die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und der deutschen Regierung gingen aber vorwärts. Davidson fragte weiter, ob sich der Außenminister mit gewissen Seiten des Reichswehrinstruktionsbuches vom Jahre 1926 beschäftigt habe. Chamberlain bejahte die Frage und betonte, die deutsche Regierung träfe die nötigen Maßnahmen, um diesen Fall zu regeln.

Mussolini.

General Heye in München.

Eine Ansprache an die Truppen.

Der Chef der Heeresleitung, General Heye, ist auf einer Inspektionsreise in München eingetroffen, wo er einige militärische Anstalten besichtigte. General Heye hielt an die vor der Kaserne der Nachrichtenabteilung aufgestellten Truppen eine Ansprache, in der er einleitend der großen Verdienste seines Vorgängers, des Generals von Seeckt, gedachte, der die Reichswehr sechs Jahre lang geführt habe und dem sie es verdanke, daß sie nach so kurzer Zeit in der Welt anerkannt und geachtet dastehe. Der General sprach seine Freude darüber aus, daß er einen Teil der tüchtigen 7. Division in ihrer bayerischen Heimat begrüßen könne. Die Armee möge treu zusammenhalten in der Hingebung an den Dienst für die Heimat und das deutsche Vaterland. General Heye brachte sodann ein dreifaches Hurra auf die Heimat und das deutsche Vaterland aus.

Schluß der britischen Reichskonferenz.

Die britische Reichskonferenz hat ihre letzte Vollsitzung abgehalten. In einer letzten Entschließung wurde noch einmal die Bedeutung der Konferenz für die Reichseinheit zum Ausdruck gebracht. In einer Adresse an den König wird betont, daß die Konferenz ihre feste Grundlage in der Überzeugung aller gehabt habe, daß die Krone das unerschütterliche Symbol der Einheit aller Teile des Britischen Reiches sei. Die Ministerpräsidenten der einzelnen Dominien würdigten noch einmal in kurzen Ansprachen die Tätigkeit der Konferenz. Nach weiteren Ausführungen der anderen Delegationsführer betonte am Schluß Ministerpräsident Baldwin in seiner Ansprache, daß die Anwesenheit der Dominienvertreter und der Geist der Konferenz England mit neuer Kraft und Hoffnung erfülle. In jedem Winkel des Britischen Reiches werde jetzt dieser Geist herrschen. Darin liege die Hauptbedeutung der Konferenz.

Das Ergebnis der britischen Reichskonferenz ist in einem Gesamtbericht niedergelegt worden. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen, die von verschiedenen Ausschüssen gemacht worden sind, und kurze Angaben über die vertraulichen Aussprachen in der Vollkonferenz über außenpolitische Fragen und Fragen der Verteidigung. In bezug auf die Frage der Reichs-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF